

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1907

63 (15.3.1907) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. —
Abonnementpreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg.,
vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich
60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger
ins Haus gebracht 2.02 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.
Erscheinenszeiten der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate
billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von In-
seraten für nächste Nummer vormittags 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen
tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden
der Expedition: vormittags 1/8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/7 Uhr.

Nr. 63. Erstes Blatt. Karlsruhe, Freitag den 15. März 1907. 27. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst
Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Der Roman befindet sich im zweiten Blatt.

Die Lehren der Reichstagswahl

Die Reichstagswahl hat den Gegenstand eingehender
Erörterungen sowohl in den sozialistischen Zeit-
schriften, als auch in den sozialdemokratischen Zeit-
schriften, als einer Versammlung des sozialdemokr.
Partei in der Reichstagswahlkammer hat der Reichstags-
wahl des Reichstagsabg. Emil Eichhorn nach
Verzicht des Vorwärts über dieses Thema wie
folgt geschrieben:
Die bittere Enttäuschung brachte
die letzte Wahl, die nun so schwerer zu tragen
wird, als wir uns mit dem Gedanken vertraut
gemacht hatten, von Sieg zu Sieg zu schreiten zu
können. Am schmerzhaftesten wurde der Rückgang
der Stimmen in einer ganzen Reihe von Wahl-
kreisen empfunden. Wir haben uns getäuscht
über die politische Reife des Volkes,
über den Fortschritt der intellektuellen Entwic-
klung in den breiten Volksschichten. Der Redner
vergleicht die Wahl von 1887. Man
hat denselben Schwund in Szene gesetzt wie da-
mals und hat denselben Erfolg damit gehabt.
Wir glaubten dies mal wohl begründete
Schwünge zu haben! Aber haben wir zu schwach
agitiert in unserer Agitation? Von Süd-
westfalen bis nach Ostpreußen, von den Berichten,
die über die Arbeiterkassen unter der allgemeinen
Zurücksetzung zu leiden hatte. Dazu kam der frisch
gegründete Kolonialklub! Selbst die Gegner
sahen um ihren Erfolg bangen sein. Darum
war uns die Jubel, als sie trotzdem
siegten, aber uns freuten! — Wenn wir uns aber
von dem ersten Schreck erholen und unsere Nie-
derlage genauer betrachten, haben wir wirklich
keine Ursache, Trübsal zu blasen. Unsere Stim-
men haben um eine Viertelmillion zugenommen,
das ist ein Erfolg. Redner bespricht den Stim-
menverlust in Sachsen und sagt, daß unsere Par-
tei dort in unserer Wahl nicht so stark war und nicht
so stark sein konnte als es wäre. Er erinnert
sich, wie 1903 die Wahlentziehung die Sachsen
entzug habe, dazu kam eine Erwerbssteigerung um
5 Prozent und der Stempel an Königshofe.
Daher die Frucht der Bringsinn wurde ein be-
sonders psychologisches Moment von Einfluß auf
die Wähler geschaffen, was nach Ansicht des Red-
ners nicht genügend gewürdigt wird. — Am all-
gemein war man 1903 zu sehr in einen Sieges-
stolz geraten, in dem man die Sonne der neuen
Welt schon aufgehen sah. Eine Ernüchte-
rung mußte kommen. Unser Wahlrecht
ist nicht so sicher zu erklären. Da hat ein
bekannter Herr in Baden ausgesprochen, daß
die Sozialdemokraten keine 12 Mandate haben
würden, wenn die Gegner einig wären und 50
Prozent der Wahlberechtigten sozialdemokratisch
in den einzelnen Kreisen stimmen müßten. Man
hat die Partei der Nichtwähler auf die Beine ge-
bracht wie nie zuvor. In Baden stimmten 92
Prozent der Wahlberechtigten diesmal, während
1903 die Wahlbeteiligung nur 79 Prozent stark
war. Wir dürfen nicht auf die Scharen der Nicht-
wähler rechnen; wir müssen sie erst erziehen, wenn
wir sie gewinnen wollen. Nun haben wir auch
die vielen Kreise Stimmen verloren und man
hat, die „Wahlkämpfer“ seien abgebrannt. Red-
ner glaubt das nicht, er bezweifelt die Zahl der
Wahlkämpfer nur auf Tante. Es kommen dabei
Wahlkämpfer in Betracht, die zeitweilig ihr In-
teresse bei uns gewahrt glaubten und die wieder
abgewandert wurden. Man hat von der schlechten
Wahl des Dresdener Parteitag gesprochen,
aber das ist unbillig. Wir hätten aber alle
Kämpfer, mit innerer Streitigkeit
vorher zu sein, denn wir haben mit
dem Reichstagsverband zu rechnen, der alles
genau ausnützt. — Wir besitzen nicht
genug Agitationskräfte. Anerkennen muß man,
daß der Vorwärts sich in der Wahlkammer
nicht hat. Da war jede Nummer eine Fund-
grube von Material für unsere Agitatoren.
Wir müssen uns auf die Agitation
aufmerksam machen, eine Veränderung
der Taktik im Reichstag. Unsere Ab-
gewanderten geben sich oft die größte Mühe, in den
Kommissionen eine Verbesserung der Gesetzge-
bung zu bringen und im Plenum lehnen sie dann
das ganze Gesetz ab. Die stille, fleißige Arbeit in
den Kommissionen steht niemand, aber die ab-
gewanderten Haltung im Plenum spielt vor
den Wähler Öffentlichkeit, und dann kommt man
mit Vorwürfen, daß wir nur immer „alles ab-
lehnen“. In Baden macht man es an-
ders. Wenn ein Gesetz einen kleinen Fortschritt
bringt, stimmen unsere Genossen dafür unter
Vorbehalt, daß es noch so mangelhaft ist, aber
man hilft sich, direkt dagegen zu stimmen.
Manche sagen, wir könnten die Entstellungen und
Veränderungen vertragen, aber das geht viel-
leicht in Berlin, nicht aber auf dem Lande und in
kleinen Städten. In gewissen Fragen darf es
schon auch im Parlament kein Entgegenkommen
geben, wenn es sich zum Beispiel um das Wahl-
recht handelt. — Wir müssen die Leute aufklären
besser, was wir erstreben und was wir tun.
In Landtagen genügen keine Flugblätter, da
man keine periodische Schriften erziehen. Ein tä-
glicher Nachrichtenbureau sollten wir haben, um
die Tätigkeit des Reichstagsverbandes entgegen-
zusetzen. Wir müssen unserer Presse noch grö-

ßere Wichtigkeit beilegen wie bisher. Nur weiter,
den alten geraden Weg rüstig vorwärts, dann
wird es auch besser werden und neue Siege her-
kommen.“
Den Ausführungen des Genossen Eichhorn möch-
ten wir nicht in allem beistimmen. Sicher ist, daß
wir uns über die politische Reife breiter Schichten
des Volkes getäuscht haben. Aber auf die Tatsache
an sich wurde schon im Jahre 1903 hingewiesen,
leider ohne Erfolg. Die politische Erziehung liegt
in Deutschland noch sehr im Argen. Politik macht
man nicht nur durch und mit Agitation. Agita-
torische Erfolge sind deshalb auch nicht gleich-
bedeutend mit politischen Erfolgen. Das hat man
im Jahre 1903 in unseren Reihen leider vielfach
nicht gelten lassen. Die deutsche Sozialdemokratie
ist an agitatorischen Erfolgen so reich, wie
keine andere Partei der Welt. In einem auffallen-
den Mißverhältnis zu diesen großen agitatorischen
Erfolgen stehen aber die politischen Erfolge
der deutschen Sozialdemokratie. Die Prüfung der
Gründe für dieses in die Augen fallende Miß-
verhältnis zwischen den agitatorischen und den politi-
schen Erfolgen unserer Partei berührt zugleich den
Kern der Streitfragen, die seit Jahren in der so-
zialdemokratischen Partei zur Erörterung stehen.
Darüber muß vor allem Klarheit geschaffen werden,
wenn wir für die fernere Diskussion fähiger und
festen Boden unter den Füßen haben wollen.
Die Niederlage des 25. Januar ist nicht nur eine
parlamentarische, sie ist auch eine politische
Niederlage, darüber soll man sich doch keiner Täu-
schung hingeben, so wenig, wie über die Tatsache,
daß der Dresdener Parteitag und der Sieg des
sogenannten Radikalismus in Dresden, mit einer
der Ursachen der Niederlage bei den letzten Wahlen
war. Das läßt sich leicht statistisch nachweisen.
Genau soll und darf uns diese Niederlage nicht
vermisslich stimmen. Daran haben wir keinen
Augenblick gewacht, daß die deutsche Sozialdemo-
kratie diese Niederlage überwinden wird. Sie kann
dies aber nur mit dauerndem Erfolg, wenn endlich
der Widerspruch zwischen der Revolutionä-
romantik, wie sie in einer Rede der Genossin
Luzemburg in einer Berliner Frauenversamm-
lung wieder zutage trat und der praktisch politischen
und parlamentarischen Tätigkeit unserer Partei
beseitigt wird.
Das ist auch der einzige Weg, der dahin führt, daß
die deutsche Sozialdemokratie ihre politischen Er-
folge einigermaßen in Verhältnis zu ihren agita-
torischen Erfolgen bringen kann.
Eine größere politische Phantasie können
wir uns gar nicht denken als die, daß die Frauen,
die Post- und Eisenbahn- und sonstigen Be-
amten, die Landarbeiter u. d. h. die wir als
Wähler noch nicht, aber nur sehr schwer zu ge-
winnen vermögen, bei einer eventuellen direkten
Revolution als Kämpfer für uns in Betrach-
tung kämen. Wenn das keine Revolutionäromantik
ist, gibt es so etwas überhaupt nicht. Hat diese ab-
strakte Spekulation auf die sogenannten
notwendigen Bedingungen, unter denen wir
nur unser Endziel erringen können, einen Sinn,
d. h. können unsere Endziele überhaupt nicht auf
friedlichem Wege verwirklicht werden, so müssen
aus einer solchen Auffassung auch alle sich er-
gebenden Konsequenzen gezogen werden. Wenn
nur das Proletariat im engeren Sinne für
unser Endziel zu haben ist, dann muß unsere ganze
agitatorische, politische und parlamentarische Tätig-
keit auch eine andere werden, als sie es bisher
war. Die Rhodus, hier salta!
„Die Ernüchterung mußte kommen“, sagt
Genosse Eichhorn. Ganz richtig, nur sollte man
aus dieser Ernüchterung, die kommen mußte,
und die gekommen ist, auch endlich lernen und
die logischen Schlussfolgerungen ziehen, anstatt um
das Problem herumzugehen, wie die Rede um den
heiligen Berg. Aus den Auseinandersetzungen, wie
wir sie nach Lage der Sache pflegen müssen, können
andere Gegner keinen Nutzen ziehen, sofern sie nur
in den Formen der Sachlichkeit und unter Wahrung
der gegenseitigen Achtung gepflogen werden.
Die bisherige parlamentarische Taktik der Re-
gation, d. h. falls nicht die Gesetzgebung ausfallen,
wie wir es fordern und wünschen, sie abzulehnen,
hat ihre Ursachen in einer ganz bestimmten Auf-
fassung über unsere parlamentarische und sonstige
Stellungnahme innerhalb der heutigen Gesell-
schaftsordnung überhaupt. Hier liegt der
Sache im Pfeffer. Kann die Sozialdemo-
kratie sich konsequent auf den Boden der Re-
form stellen und auf diesem Wege versuchen, ihr
Endziel zu erreichen, oder ist die notwendige
historische Bedingung hierfür der direkte
Massekampf in einer Befreiungs-
revolution? Das ist die Preisfrage.
Wenn für die Verwirklichung unserer Prin-
zipien die Revolution eine in den Entwick-
lungsverhältnissen des Kapitalismus begründete
notwendige, d. h. also gar nicht zu um-
gehende Bedingung ist, dann habe man
doch auch den Mut, daraus die logischen Schlussfol-
gerungen hinsichtlich unserer parlamentari-
schen und sonstigen Tätigkeit zu ziehen. Stellt
sich die Partei aber nicht auf diesen sogenannten
„historisch-bonapartisten“ Standpunkt, und sie hat
das bisher nicht getan, dann muß sie in ent-
gegengesetzter Richtung die Konsequenzen
ziehen. Auf keinen Fall können wir auf die
Dauer zwischen der Revolutionäromantik und der
Reformtätigkeit hin- und herpendeln. Das
führt zur Verwirrung, lähmt unsere
Aktionskraft und bringt uns Niederlagen,

wie die am 25. Januar d. J. erlebte. Stürmt die
bürgerliche Gesellschaft, wie die Genossin Luzem-
burg in Berlin wieder prophezeit, mit Feuer-
eifer der Katastrophe entgegen, dann haben
wir mit Feuer eifer uns auf diese Entwicklung der
Dinge vorzubereiten.
Niem, es hat keinen Zweck, um das Problem
herumzugehen, wir müssen es endlich, wie den Stier
— bei den Hörnern fassen. Methodenarten, wie die:
„nur immer weiter, den alten geraden Weg, rüstig
vorwärts“ belagen und beweisen nichts.
Besser wird es erit, wenn wir uns einen festen
Boden schaffen, d. h. dem Katastrophenge-
fährnis und der Revolutionsromantik
die Türe zu sperren. Es ist dazu nachgerade höchste
Zeit. Das ist die Lehre, die wir aus den Reichs-
tagswahlen gezogen haben. W. K.

Badische Politik.

Die Wähler unter sich.

So lange es gegen den gemeinsamen Feind geht,
sind die Wähler einig, vorausgesetzt, daß bei der
Verteilung der Kandidaten nicht schon das Block-
abkommen aus dem Leim geht. Ganz anders aber
liegen die Dinge, wenn die Bundesgenossen von der
Linken anfangen, in die Stürzen der Nationallibe-
ralen einzubrechen. Die Bad. Landeszeitung hat
sich dieser Lage energisch dagegen verwahrt, daß
die Demokraten in die nationalliberalen Domänen
einfallen und Organisationen gründen. Der Bad.
Landesbote geriet darüber in Harnisch und ver-
suchte, das nationalliberale Organ durch folgende
Epistel etwas besseren zu belehren:

„An die Badische Landeszeitung“
die Antwort, daß wir ihr kein Urteil zugestehen
können, wo und in welcher Form demokratische
Bereine gegründet werden sollen. Auch keine
Grenze des sogenannten „Besitzstandes“ lassen wir uns
von ihr ziehen. Das Blockabkommen beschränkt
sich auf die Landtagswahlen, aber nicht auf
die Vereins- und Agitationstätig-
keit. Die Nationalliberalen sollen uns dankbar
sein, wenn wir draußen auslüften und den
Liberalismus morgiger Art den Boden be-
reiten helfen. Die „gemeinsame Arbeit“ in allen
Ehren, aber wir können uns in Anbetracht dieser
gänzlich unmotivierten Schulmeister-
rungen der einen Verneiner nicht erwehren, daß
die „Selbstlosigkeit“ gerade jener Seite einer
rigorosen Prüfung nicht unterzogen werden
dürfte. Wir aber sind nicht bereit, durch unsere
Mitarbeit lediglich einem „alten Re-
gime“ in neuem Kleid zum aufgeblickten Glanz
zu verhelfen.“

Um etwas anderes, als das verlotterte natio-
nalliberale Regime in neuem Glanz aufzubügeln,
hat es sich bei den Nationalliberalen mit dem Block-
abkommen nie gehandelt. An eine wirklich libe-
rale Politik denken die Herrschaften von „Besitz
und Bildung“ heute so wenig wie früher.
Die Demokraten werden es immer wieder erleben,
daß sie mit den Nationalliberalen in Konflikt ge-
raten, sobald sie mit dem „morgigen Liberalismus“
ernst machen wollen.

Der Sonderbund in der bürgerlichen Presse.

In einer Reklame gegen die Bad. Landeszeitung
kürzt der Bad. Beobachter:

Einen Beweis hat die Bad. Landeszeitung, wie
stets, nicht erbracht. Sie behauptet es eben. Sie
müßte sich aber endlich doch einmal sagen, daß nur
Narren und Raubbuben Behauptungen aufstellen
können, ohne daß man einen Beweis
von ihnen ermartet oder verlangt.

Der Bad. Beobachter, der neuerdings öfters in
diesem „Ton“ polemisiert, gefällt sich hin und wieder
auch in der Rolle des politischen Knigge. Wir regi-
strieren den „Ton“ des „Christlichen“ Mattes, nur
um zu zeigen, daß diese Herrschaften wahrlich keine
Ursache haben, sich über den „Ton“ in der sozial-
demokratischen Presse zu entrüsten.

Milde Richter

fand der Oberamtsrichter Wittmann beim
Disziplinargerichtshof. Wie die Oberheinische
Korrespondenz meldet, endigte das Diszipli-
nargericht gegen Oberamtsrichter Witte-
mann in Bonndorf mit einem Verweis und
150 Mark Geldstrafe. Wie seinerzeit ge-
meldet wurde, ist gegen Oberamtsrichter Witte-
mann wegen seines Verhaltens im Prozeß
Gaiserl, an den er u. a. einen Brief richtete, der
des öfteren Gegenstand berechtigter Kritik bildete,
ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Uttersdorf. Am Sonntag fand hier eine Zentrums-
versammlung statt, in welcher Landtagsabg. Schmidt
und Revier Röhler aus Karlsruhe referierten. Kon-
sultiert wurde den Anwesenden der Zentrumsdrei um den
Wahlherausforderer. Material belamen aus die
Sozialdemokraten etwas ab. Insbesondere Herr Röhler
nahm in dieser Beziehung den Wahl sehr voll.

In der Diskussion ergab Genosse Groß das Wort.
Aber er hatte in seine Rede nicht den Panatismus
der Zentrumsreferenten. Man war gebüdet sich
Gedanken wie wenn sie von einer Partei gelassen
worden wäre. Nur mit Mühe konnte der aufabrade
genötigt werden, den offenbar schon der Anblick eines
Sozialdemokraten in ihm verriet, beruhigt werden.
Die biesenen Parteigenossen werden sich aber durch
solche Szenen nicht irre machen lassen. Mit verbodetem
Eifer werden sie am Ausbau der neugegründeten poli-
tischen Organisation arbeiten. Die nächste Versamm-
lung des sozialdemokratischen Vereins findet am kommenden
Sonntag im Grünen Baum statt, wogu die Genossen auch
an dieser Stelle eingeladen sind.

Deutsche Politik.

Klappen rechts!

Während der Freisinn alle Grundzüge über Bord
wirft, um sich im Fahrwasser einer Regierungspartei
halten zu können, arbeitet die agrarische
Fraktion mit sichtlichem Eifer daran, sich innerhalb
des Regierungsbündels eine allbeherrschende Stellung
zu sichern. Der deutsche Landwirtschaftsrat be-
geistert sich zwar für unsere Kolonien, aus denen
noch kein Öse, lebend oder tot, ans deutsche Land
schwamm, aber von einer Börserreform im Sinne
der Dernbürger will er nichts wissen, sondern spricht
in einem neuerlichen Beschlusse die Erwartung aus,
daß die Reform an dem Verbot des börsermäßigen
Terminhandels mit Getreide und Mühlenfabrika-
taten sowie des Börserregisters nichts ändern werde.
Zugleich fährt auch schon die Deutsche Tageszeitung
größeres Geschütz auf und tadelt die Regierung
heftig wegen der Einbringung ihres Gesetzentwurfes
über die Abänderung der Maischottsteuer. Sie
kündigt die Opposition der adeligen Schnapsbrenner
an und prophezeit, daß bei der Beratung der Vor-
lage der Mehrheitsblock in die Brüche
gehen werde. Ebenso liegt es auf der Hand, daß
sich der Mehrheitsblock auch bei der Beratung der
Börserreform spalten werde. Darüber, daß die
agrarischen Gesetzentwürfe betr. die Haltung des
Tierhalters und die Abänderung des Unter-
stützungswohlfahrtses bisher nicht wieder einge-
bracht wurden, zeigt sich das Organ des Bundes
der Landwirte recht ungehalten. Kein Wunder, meint
es, wenn bei den Landwirten „das Mißtrauen wie-
der zu keimen anfängt“.

Keine parlamentarische „Rebenregierung“.

In der Mittwochssitzung der Budgetkommission
stellte das Zentrum den Antrag, den am geringsten
besoldeten Unterbeamten des Reiches eine ein-
malige Beihilfe von 100 Mk. und den Beamten mit
weniger als 300 Mk. Gehalt eine einmalige Bei-
hilfe von 150 Mk. zu gewähren. Diese Beihilfen
müßten auch wirklich zur Auszahlung gelangen,
wenn ein dahingehender Beschluß des Reichstags
in das Staatsgesetz aufgenommen worden wäre. So
wollten es auch die Antragsteller. Der Hotten-
tottenblock aber fand, daß man die Regierung zur
Beihilfe für ihre notleidenden Angestellten nicht
zwingen dürfe und will sich mit einer bloßen Re-
solutionsbegünstigung, in der der Wunsch nach Aus-
zahlung solcher außerordentlicher Beihilfen ausge-
sprochen wird. Die Mehrheit des Reichstags ver-
zichtet also darauf, zugunsten der Beamten von
ihrem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch zu
machen und stellt alles in das Belieben der Rege-
rung. Die Aufnahme von Reichstagsbeschlüssen
in das Staatsgesetz war so ziemlich der letzte Weg,
auf dem der Reichstag seinen Willen in bestimmten
Fragen geltend machen konnte. Da dieser Weg ver-
sperert wird, bleiben nur Resolutionen übrig, die
nicht beachtet, und Initiativanträge, die nicht er-
ledigt werden. Das Parlament sinkt damit in den
Rang eines petitionierenden Privatvereins hinab.

Wegen amtlicher Wahlbeeinflussung

hat die Zeitung der Freisinnigen Volkspartei im
Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza
beschlossen, gegen die Wahl des Reichstagsabgeord-
neten Krustadt (R.) Protest einzulegen. Un-
tere Genossen haben sich dem Vorschlag der Frei-
sinnigen angeschlossen.

Deutscher Reichstag.

• Berlin, 14. März 1907.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste
und eventuell zweite Beratung des Gesetzentwurfes
betreffend den Hinterbliebenen-Versicherungs-Fonds
und den Reichs-Invaliden-Fonds.

Schatzsekretär Stengel führt aus: Zweck der
Vorlage sei die Verwaltung des nach § 15 des Post-
tarifgesetzes vom 31. Dezember 1902 anzufammeln-
den Fonds für die Melikiten-Versicherung möglichst
billig und möglichst einfach zu gestalten. Die Ver-
waltung des gemäß der sogenannten Der Trimbora
geschaffenen Fonds soll deshalb dem Reichs-Inva-
liden-Fonds übertragen werden.

Abg. Gamp (Reichspartei) erklärt für seine
Freunde, daß er mit der Vorlage in allen ihren
Zielen einverstanden sei. Er halte es für richtig,
die ganze bisherige Verwaltung des Reichs-Inva-
liden-Fonds eingehen zu lassen, da sie noch viel zu
viel unnötige Kosten mache. Man könne Erwerb-
ungen für den Melikiten-Fonds einfach in das Reichs-
schuldbuch eintragen lassen und die notwendigen
verfügbaren Beträge könne man der Reichsbank in
Depot geben.

Schatzsekretär Stengel gibt dem Vorredner zu be-
denken, daß es in Bayern gar kein Staatsschul-
buch gebe.
Hierauf wird die Vorlage gleich in zweiter Lesung
angenommen.

Es folgt die Interpellation Hehl v. Herrns-
heim und Stresemann betr. eine eventuelle
staatliche Pensions- und Hinterbliebenen-Versiche-
rung für die Privatbeamten.
Staatssekretär Posadowsky erklärt sich bereit, so-
fort zu antworten.
Abg. Hehl zu Herrnsheim (natl.) begründet die
Interpellation. Mit dem 10. Kundentag für Arbeit-
erinnen erklärte sich die Regierung jetzt einverstanden,

en droht, im
ufolge des
1907 gemein-
men 7870.
men 12 296.
men 4278.
a 13 Annahme
schende und
angehörigen
igen und
zeichnen im
1400 Arbeit-
ng.
en Sonntag
shuldung
lartell veran-
her dem
r Dr. Reich-
schienen. So-
inige Worte
progen, kan-
Stadtverwal-
re Unterlie-
re Statur, für
hoffer, daß
nächsten
wie die
ng. vernünft-
ingensschul-
Der Gemein-
ten lassen; die
heit das Wesen
Der Gemein-
Das schen-
liche gezeig-
tra zu betonen
in Unternehm-
ständig ist, die
in meinen
wissen; aber
igen und
ah die Gemein-
fähigkeit 170
Die Sozial-
berberung
müßte auf-
e. etc.
1078
er
13
bel
p. 55
Mata-
ffeln
r. 9
kran
p. 65
hnen
p. 70
n & Co.
H.
aten Kreis-
stellen.
Sie bitte
pers
n - Seife
de 1. Qualität
Kolonialwaren
il. ten.
vertreter:
nsheimer
Bahnhofstr. 4.
finden:
Art, gute
neilnerinnen
p. 4.
p. 3. El.
nimmt
Fundball
an
an 33, 2. G.

Während man am Rhein schon seit Jahren den 8 1/2 Prozentigen Arbeiter habe. Mit dieser Denkschrift über die Pensions-Versicherung der Privatbeamten allein sei nichts getan; es müsse auch eine Vorlage gebracht werden.

Staatssekretär Polabowsky macht Mitteilungen über die Erhebungen. Wollte man die Pensions-Versicherung genau so wie bei den Reichsbeamten regeln und rechnet man die Heilpflege mit hinzu, so würden 19 Prozent des Durchschnittsgehaltes (den die Regierung auf 2100 M. berechnet habe) als Jahresbeitrag aufzuwenden sein. Wollte man die Gehalts-Steigerung außer Betracht, dann nicht 19 Prozent, sondern 14 1/2 Prozent. Die Denkschrift werde dem Reichstag heute noch zugehen. Danach würden die Privatbeamten selber zu prüfen haben, welcher Weg zu beschreiten sei. Zu prüfen werde aber ferner sein, ob nicht eine Zwangsversicherung in besonderer Weise in die Privatversicherung eingreife. Ueber die sachliche Berechtigung des Verlangens der Privatbeamten und über die wirtschaftliche Notwendigkeit der Versicherung könne kein Zweifel sein. Zweifelhaft könne man nur darüber sein, welcher Weg zu betreten sei und ehe man sich darüber entscheide, würden die verbündeten Regierungen, der Reichstag und die Beteiligten die Denkschrift sorgsam zu prüfen haben.

Auf Antrag des Abgeordneten Wasserfmann erfolgt Befragung der Interpellation.

Abg. Sittard (Centr.) ist erfreut, daß die Nationalliberalen gerade durch eine Person wie Herrn Dr. Hehl ihr Eintreten für eine Versicherung der Privatbeamten fundgegeben haben. Hoffentlich komme die Sache nun schnell vorwärts. Alle Parteien seien einig; man wolle friedlich zusammenarbeiten.

Abg. Pauli-Botsdam (Lons.) spricht sich in ähnlicher Weise aus, wie der Vorredner.

Abg. Dr. Rothhoff (freis. Vg.) erklärt, er werde sich freuen, wenn die Mitglieder des Hauses, auch das Zentrum, in dieser Frage zusammengingen. Zu bedauern sei nur, daß der Staatssekretär nicht schon etwas früher mit der Denkschrift herauskommen sei. Graf Polabowsky habe das Durchschnitts-Einkommen der Privat-Angestellten 2100 Mark genannt. Das sei doch irreführend. Dieser Durchschnittsberichtsfigur nur die obere Hälfte der Angestellten. Die Masse derselben sei aber viel schlechter bezahlt. Ich sehe voraus, daß der Staatssekretär jedenfalls die letzte Denkschrift als den Anfang seines gesetzgeberischen Vorgehens betrachten will. Der Staatssekretär erklärte einen Jahresbeitrag von 19 Prozent des Gehaltes für nötig. Ich sehe dabei voraus, daß davon die Hälfte auf die Arbeitgeber entfällt und daß dann noch ein Zuschuß in Abzug kommt. Aber auch so glaube ich, daß einem Satz von 19 Prozent doch eine zu ungünstige Berechnung zu Grunde liegt.

Abg. Seine (Soz.): Es scheint mir fast, daß das Automobil in der Sozialpolitik nur erst angebeutet, aber noch nicht abgefahren ist. Ueberhaupt war mir die Anspielung des Staatssekretärs recht interessant, weil man jetzt einmal genau zu hören bekam, von welcher Seite denn die Angriffe ausgehen. Für die Privatbeamten etwas zu tun, ist es allerdings von der Zeit, denn diese sind oft viel schlechter gestellt als die Arbeiter. Ich meine aber, man soll bei einer Regelung der Versicherung der Privatbeamten nicht eine künstliche Scheidung von den Arbeitern vorsehen, denn diese Schichten werden durch die Realitäten immer zusammengeführt. Notwendig ist, daß der Privatbeamte gegen den Personensucher geschützt wird und dazu gehört, daß die Konkurvenklause aufgehoben wird, die gerade in der Firma Hehl eine große Rolle spielt. (Gört! Gört!) Bei der Enquete hat die Regierung sich ansehnend nicht immer an die richtige Instanz gewandt und z. B. die Anwaltskammern statt die Angestellten gefragt. Das muß das Vertrauen zu der Zuverlässigkeit der Statistik erschüttern. Deshalb muß daran festgehalten werden, daß die Kommission für Arbeitsstatistik sich der Sache annimmt, namentlich der Angestellten in den Bureaus der Rechtsanwaltschaft. In Frage kann nur kommen eine obligatorische Reichsversicherung. Das einfachste wäre die Anschließung an die Invaliditätsversicherung. Wir haben bereits 1899 die Ausdehnung dieser Versicherung auf alle Angestellten bis 3000 M. beantragt.

Abg. Ling (Rp.) erklärt namens seiner Fraktion, daß auch die Privatbeamten-Versicherung für eine der wichtigsten Aufgaben halte.

Abg. v. Jaworski (Vole) erklärt, auch seine Freunde brachten dem Gegenstande das wärmste Interesse entgegen.

Abg. Bruhn (Reformp.) tritt für die Privatbeamten-Versicherung ein.

Abg. Stresemann (natl.) bestreitet gegenüber dem Abgeordneten Sittard, daß die Nationalliberalen früher solchen Versicherung gewillt seien. Seine Freunde seien stets aus warmem Interesse für die Sozialpolitik eingetreten. Der

Mittelstand müsse erhalten werden, dürfe nicht zerrieben werden. Auch die deutsche Industrie und der deutsche Handel hätten ein Interesse daran, daß etwas für die Privatbeamten geschehe, daß die Unsicherheit ihrer Existenz aufhöre.

Abg. Hermann (freis. Vg.) erklärt, für die Arbeiterchaft sei zweifellos sozialpolitisch viel getan worden. Leider aber habe man die Privatbeamten bisher kaum berücksichtigt. Man muß dafür sorgen, daß der Privatbeamte unabhängig vom Arbeitgeber sichergestellt wird. Das kann nur geschehen durch staatliche Pensions-Versicherung.

Abg. Sittard (Centr.) sucht darzulegen, daß die bürgerliche Linke tatsächlich denn doch nicht das Verdienst hätte, zu Gunsten einer Versicherung für Privatbeamte anregend und bahnbrechend gewesen zu sein.

Abg. Stresemann erwidert noch dem Abgeordneten Sittard, daß gerade der Bund der Industriellen im Gegensatz zu dem ihm vom Abgeordneten Sittard unterstellten Verhalten ihn selbst aufgefordert habe, in dieser Frage im Reichstage treibend vorzugehen.

Abg. Erzberger (Centr.) entnimmt der ganzen Geschichte der Sozialpolitik, daß gerade die Industriellen einer ausgiebigen Sozialpolitik in allen ihren Teilen, also namentlich auf dem Gebiete für Arbeiterchaft und Arbeiterrecht, z. B. Koalitionsrecht, die beharrlichste Opposition gemacht hätten.

Abg. Seine (Soz.) erklärt, daß die Sozialdemokratie nicht beabsichtige, daß sie durch sozialreformerische Bestrebungen anderer Parteien aus dem Sattel gehoben werde. Wenn wir dadurch auch unsere Wünsche nicht vollkommen befriedigt sehen, so sind wir doch froh, daß wir wenigstens etwas vorwärts kommen. Von der Firma Cornelius Hehl liegt mir ein Vertrag vor, der mit einer Person, die 24 M. Wochenlohn erhält (Kunze) bei den Sozialdemokraten: Hungerlöhne) auf fünf Jahre abgeschlossen ist. Danach darf der Angestellte bei Selbstfindung fünf Jahre nicht bei einer ähnlichen Firma in Deutschland tätig sein. Tut er das, so muß er eine Konventionalstrafe von 5000 M. zahlen, während er also ein Jahresinkommen von 1450 M. hat. (Gört! Gört!) bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Hehl (natl.) hält dem Abg. Erzberger entgegen, daß auch das Zentrum früher sozialpolitisch sehr schätzig gewesen sei.

Vorgen 1 Uhr: 3. Beratung des Aufgabensatzes zum internationalen Frachtverkehrsvertrag, dann Interpellation Albrecht, betreffend amtliche Wahlbeeinflussungen.

Schluss nach 8 Uhr.

Aus der Partei.

Nürnberg, 10. März. Der hiesige Illustrierte macht bekannt, daß das Abonnementgeld des Volksfreund von jetzt ab immer am zweiten Sonntag des kommenden Monats eingezogen wird. Die Abonnenten möchten darauf bedacht sein, daß die Einzahlung an einem Sonntag entrichtet wird. Es erheben der Ausdrägerin viel Zeit und Arbeit und der Illustrierte kann häufigzeitig das Geld abholen. Da die Abonnementzahl auf über 110 000 liegt und immer kürzerer Wetter ist, sollte jeder Abonnent dafür sorgen, daß seine 2-8 Sonntage mehr einfließen werden muß.

In die Parteigenossen möchte ich appellieren, daß sie die hiesigen Verhältnisse abstellen. Nur das Arbeiterblatt, der Volksfreund, vertritt ihre Interessen. Ergo jeder bestreite, daß das zweite Hundert auch bald bei ist. Der Volksfreund liegt jetzt in allen 12 hiesigen Wirtshäusern auf. Der Illustrierte aber...

Basel, 14. März. Der sozialdemokratische Kreisverein hielt am 4. d. M. seine außerordentliche Generalversammlung ab; es wurde beschlossen, den Kreisverein wieder ins Leben zu rufen. Als 1. Vorstand wurde A. Lebach, als Schriftführer und Kassier W. Schuppel gewählt, und sind noch jetzt ab sämtliche Aufschreiben an den Vorstand A. Lebach, Ehrenreder zu senden, wozu wir die Genossen aufmerksam machen. Die regelmäßigen Monatsversammlungen finden jeweils am ersten Sonntag eines jeden Monats statt; besonders Einladungen erfolgen hierzu nicht.

Weiter wurde beschlossen, die Redaktion des Volksfreund zu erfragen, nur solche Notizen aufzunehmen, die den Vereinszwecken tragen.

Nächste Mitgliederversammlung am Samstag, den 6. April, abends 8 Uhr, im Lokal. Jedes Mitglied wird ersucht, sich einer regen Agitation zu befleißigen.

Soziale Rundschau.

Betriebsunfall und Alkohol.

Die Zahl der Betriebsunfälle der Nise der Gütte hat in den Jahren 1897-1900 bei einem Arbeiterbestande von durchschnittlich 1140 Köpfen jährlich etwa 130 betragen. Als man dann den Vierertrieb durch herumziehende Gändler aufhob, und ihn in eigene Regie übernahm, gleichzeitig aber Mineralwasser und Kaffee zu billigerem Preise abgab, gingen in den Jahren 1901-1904 bei einem erhöhten Arbeiterbestand von durchschnittlich 1325 die anmeldspflichtigen Unfälle plötzlich auf 57 jährlich herunter. — Die Salberger Gütte hat diesjähriger Verpottung zum Trotz im Dezember 1906 einen Miltansschanke eingerichtet, der bereits im

festen Vorbeifahren an einen festen Körper hervorgerufen wird. Es gibt auch sehr viele Torpedos, die mittelst eines Uhrwerks nach einer bestimmten Zeit von selbst explodieren. Man kann sich denken, daß auch diese Art von Zündern seine besondere Sicherheit gegen unbeabsichtigte Auslösung bieten.

Die fürchtbare und plötzliche Wirkung einer Torpedoexplosion ist noch in trauriger Erinnerung durch das Ende des russischen Panzers Petropawlowsk, der bei der Ausfahrt aus dem Hafen von Port Arthur durch eine Seemine zerstört wurde. Eine Seemine ist nämlich nichts anderes als ein Torpedo, das bewegungslos im Wasser liegt, um durch die Verührung eines darüberfahrenden Schiffes zur Explosion gebracht zu werden. Der mächtige Petropawlowsk brach damals in einer Sekunde wie ein Apfel in zwei Teile auseinander. Die große Anzahl der Toten bei der Zouloner Katastrophe ist daher leicht erklärlich, da das Unglücksschiff mehrere Torpedos neben sonstigem Explosivmaterial an Bord hatte.

Gingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier angeführten Bücher und Zeitschriften sind durch die Buchhandlung des Volksfreund zu beschaffen. Es wird alles prompt ins Haus geliefert; nach auswärts das Porto beizulegen.)

Richters Wäckerlin mit den Biographien und Bildnissen der Reichstagsabgeordneten ist erschienen. Preis 80 Pf.

Welche Instrumente der Landwirt antreffen verfertigt, dafür liefert interessante Vorträge Professor Dr. A. Schuppel von der k. l. Landwirtschaftlichen Hochschule in seiner Entzifferungsgeschichte der Jagd. Die Hans Kraemer als ein Kapitel seines illustrierten populärwissenschaftlichen Monumentalwerkes Der Mensch und die Erde (Verlagsgesellschaft Vong u. Co., Berlin W. 57, Preisung 80 Pf.) veröffentlicht. Nach Prof. Schuppel

folgenden Mai an 3000 Arbeiter täglich 300 Liter abgab und damit den Braunkohlkonsum beträchtlich herabminderte. Auf der kaiserlichen Werft in Kiel hat sich die freie Gewerkschaft im gleichen Sinne verdient gemacht, indem durch ihre Hilfe endlich die vom Arbeitgeber lange verweigerte bekämpfte Sitte des „Kundengebens“ an den Geburtstagen der Arbeiter beseitigt wurde.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Schnelher. In Hamburg wurde in einer von 3000 Gesellen besetzten Versammlung mitgeteilt, daß sich die Arbeitgeber bereit erklärten, in Unterhandlungen vor dem Gewerbegericht einzutreten. Die Versammlung stimmte unter der Bedingung zu, daß die Verhandlungen bis zum 20. März beendet sind. Viele Redner traten für sofortige Arbeitsentlohnung ein.

In Mannheim sagte eine Gesellenversammlung eine Resolution, in welcher gesagt wird, daß sie Kenntnis nimmt von dem vom Arbeitgeberverband vorgelegten Tarif; sie lehnt denselben nach Anhörung der Redner ab, weil eine den Verhältnissen entsprechende Verbesserung darin nicht enthalten ist. Des weiteren warnten die Gesellen ruhig die Dinge ab, die da eintreten sollen. Sie sind gewillt, wenn ihnen der Kampf aufgegeben wird, denselben mit aller Entschiedenheit zu führen.

Verbandstag der Bäcker.

in Kassel, 18. März.

Stier Verhandlungstag.

Es wird in die Diskussion über den Entwurf zum Genossenschaftsrecht eingetreten. Schließlich findet der Entwurf des Vorstandes mit einigen Änderungen und Zusätzen in namentlicher Abstimmung mit 60 gegen 7 Stimmen Annahme.

Lautes Frankfurt und Barth, Berlin referierten alsdann über: Zweckmäßige Agitation und Organisation. Diskussion findet nicht statt.

Die Beratung der Antizipation, sowie der noch nicht erledigten Punkte der Tagesordnung hat folgenden Resultat: Der Verbandstag beschließt die Aufhebung des Stiefens der Geulzeiter und Bauvorhaben.

Die Gänge mit den Vororten Berlin, Hamburg, Leipzig, Frankfurt a. M. und München bleiben bestehen. Der entsprechende Änderung des Statuts und der Einteilung Deutschlands in 58 Bezirke wird zugestimmt. Ein Antrag, den Kranzengeld zurück zu ziehen, wird abgelehnt. Dieser Rückzug soll weislichen Mitgliedern auch im Falle einer Übernahmung geachtet werden. Ein weiterer Beschlus scheidet verarbeiteten Wirtshäusern im Zugestehen; der Zentralarbeitsnachsweis des Verbandes wird aufgehoben, an dessen Stelle sollen Bezirksarbeitsnachweise errichtet werden. Der Verbandsvorstand wird ermächtigt, zu den Interzessionskurzen der Generalkommission zunächst drei Angestellte zu entsenden.

Die Unterstufungserweiterungen und Statutenänderungen sollen mit dem 1. Juli in Kraft treten. Zum internationalen Kongress in Stuttgart werden 111 am 11. Hamburg und Wagner-München delegiert, zum internationalen Völkertag in Stuttgart 1907 Casner, Pauls, Kahl, Freitag, Kretschmer, Hamburg, Wiers. Auf dem nächstjährigen Gewerkschaftskongress soll die Organisation durch Pauls, Kahl und Dey-Gold, sowie einem Vertreter des Hauptverbandes vertreten sein.

Der Ausschuss Bleich in München, der Sitz des Verbandes in Hamburg, die Disziplin Vorstandsmitglieder und der Redakteur werden wiedergewählt. Die neu-geschaffene Stelle des Kassierers wird in Hamburg a. H. Leipzig übertragen.

Der nächste Verbandstag findet Anfang Juni 1910 in Berlin statt.

Badische Chronik.

Pforzheim.

14. März.

Wir machen die Partei- und Genossenschaftsgenossen darauf aufmerksam, daß am Dienstag den 19. März, abends 8 Uhr, der letzte unserer Volksbildungs-vorträge für die abgelaufene Saison stattfindet. Es spricht Herr Fabrikinspektor Rymann über: Ursachen der Ernüchterung und ihr Einfluß auf die Arbeiterbewegung. Das Thema ist für jedermann, besonders für Arbeiter, die sich täglich mühen müssen, so interessant, daß niemand, der etwas dieses Vortrages vermissen sollte, auch dieser Vortrag findet im Bürgerauskunftsbüro des Rathhauses statt.

Grötzingen, 12. März. Nun hätten wir unsere neue Orgel, mit der und die Verwaltung der Kirchgemeinde behelligen, gegen den ausgeprochenen Willen der über-großen Mehrheit der Einwohnerchaft, wie auch die Mittel hierzu durch öffentliche Kirchensteuer aufgebracht werden müssen, ohne daß nach dem Willen der Einwohnerchaft gefragt wird. Ueberall stehen die Säulen der Kirche, die fremde Einrichtung nicht gefallen lassen. In ihrem Eigensinn machen die Kirchensöhne der Kirchorten keinen Platz und mühen abgefragt werden. Selbst der Boden trieb Obstruktion und weigerte sich anzuhören, die neue Orgel auf sich zu nehmen, so daß zu seiner Unterstufung zwei eiserne Säulen angebracht werden mußten. Infolge dessen muß die Konfirmation verschoben werden zum Leidwelen der Konfirmanten und deren Eltern, die die Orgel und Säulen, sowie die eingeladenen Gäste wieder abstellen mußten.

Der Gildausweise Postillon verendet seine Nummer 6. In dem illustrierten Titelbild sieht M. E. schon die Schreden für den lieben Widel voraus, die ihm der Reichstag bereitet. — Steinberger bringt ein Vagabundenbild Vornarrzler. Im Schlußbild marich er Kardorff und die freimüthigen Mädchen in den Reichstag. Am Letzte tritt der löbende März in seine Rechte.

Neue Gesellschaft (24. Heft): Stoffen: Perfidie Kor-bungen und vergiftete Verleumdungen. Verhinderer alles Guten. S. G. C. — Zur Widungsfrage. — Kein Jahre Gefängnis für einen halben Liter Rum. — Woll-gang Seine: Brezelrei Nachspruch. — Alh Braun: Die bürgerliche Frauenbewegung und die Sozialreform. — Wilhelm Schröder: Berliner Anberelend. — Albert Edelmann: Eine Putschrevue. — Ernst Schur: Notizen-gelungen. — Anton Henrich: Das Leben.

Spielplan des Groß. Hoftheaters.

Samstag, 16. März. B. 47. Minna von Barnhelm oder Das Soldatengeld, Lustspiel in 3 Akten von Lessing. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Das dritte Gastspiel von Konrad Dreher ist für Samstag, 23. März, in Aussicht genommen. Für Ostern wird eine Fieberhaltung der Faust-Tragödie vor-zureiten. Der erste Teil wird am zwei Abenden, Montag, 25. und Dienstag, 26. März zur Aufführung gelangen; der zweite Teil am Sonntag, 31. März. Die Aufführungen finden im Abonnement 8 Mark. Zurzeit ist das Schauspiel-reional mit der Einführung von Jilens Hedda Gabler bechäftigt. Die Eröffnung dieses Schauspielers ist auf Freitag, 22. März, angelegt.

Stillingen, 14. März. Hier geht das Werk die Industriellen im benachbarten Schenninger-Betriebsan der hiesigen Gewerbe- und Handwerks-Ausstellung zurückzogen, weil die beiden die Gewerbe- und Handwerks-Ausstellungen wegen dem Mangel an Besuch-Vorgängen in Konflikt gerieten. Die Ausstellung allerdings bedeutend beeinträchtigt. Vom Feldberg, 13. März. Der Eisenbahn hier oben 3 Meter hoch; so hoch wie im ganzen noch nicht und wie seit vielen Jahren nicht mehr. Neuhäuser, 14. März. Ein hiesiger Arbeiter hat sich die linke Hand in letzter Zeit der Eisenbahnmeister. Der Straßenwart von Loistetten wurde in der Vernehmung des verstorbenen Bürgermeisters von Altenburg die Fahne des Militärvereins tragen beim Herrn Straßenmeister um Erlaubnis nach Straßenmeister bezweigt den Erlaubnis nach grüßung, daß auf Tage vorher wegen Urlaub kommen sei. Wir möchten darum die Vernehmung erlösen, spätestens 8 Tage, bevor sie zu finden ge-willigt zu machen.

Mannheim, 14. März. In unserer Stadt ist kurzem, wie und berichtet wird, ein Verein in-schiffahrt gegründet worden. Der neue Verein ist Oberhessens Aufsichtsbüro-Verband angeordnet worden. — Die Einwohnerzahl Mannheims wurde Januar d. J. mit 170 978 bedingt.

Gemeindezeitung.

Stillingen, 15. März. Der Gemeinderat hat beschlossen, sich in der Spitalarztangelegenheit in Minnertingen zu wenden.

Königsbach, 12. März. Am Freitag wurden die hiesigen Bürgerauskunft zwei Nachmittage vor-gewandt. Es mußten für unseren von der verordneten Herrn man n. Erziehungswesen stattfinden. Gen. Straß-machie den Vorschlag, den von unserer Seite schlagene Kandidaten, sowie einen solchen des Ver-trages zu wählen. Dieser durchgängig wurde der Sachlage einzig entsprechende Vorschlag wurde über der Votumabgabe abgelehnt. Unter der hiesigen Begründung, keine Politik treiben zu wollen, hat Herr Tierarzt Dr. Bauer und Herr König zwei der Kandidaten denn auch mit 38 gegen 31 gegen die auf die von uns vorgeschlagenen Kandidaten-für, gewählt. Von den Gegnern stimmten 21 mit uns. Genosse Zeina Bauer stellte die Ver-trägerin vorzubereitende, Verarbeiten in ge-wähltem. Hoffentlich ziehen die hiesigen Herren, die ge-wählt haben, die Konsequenzen und seien mit Bürgerverein aus. Wir werden alles tun, um die jetzige Mehrheit zu befestigen. Genossen, mit ge-wähltem.

Gerichtszeitung.

Karlsruhe, 12. März. Sitzung der Stra-mmer II. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor C. E. Vertreter der großh. Staatsanwaltschaft Staatsanwalt Dr. Rudmann.

Des mehrfachen Betrugs war der Stra-mmer G. D. in f. a. u. Leonbronn angeklagt. ihm zur Last gelegten Straftaten fallen in die Jahre 1903 und 1906. 1903 war Dinkel beim-tür; er wurde damals fahnenflüchtig und im-anfangs Oktober in Jittersbach und Reichensbach no er verschiedene Bezahlungen verübte. Dinkel wurde Dinkel verhaftet und nach im Oktober Divisionsgericht Stuttgart wegen Rohheits-Unterstützung, Betrugs und falscher Urkunden-Unterfertigung in die zweite Klasse des Straf-standes zu 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Nach Verur-teilung der Strafe und nach seiner Entlassung vom 1. März Dinkel wieder nach Jittersbach. Er ließ dort in den ersten Tagen des Oktober 1906 falkhem Namen auf und verlegte sich wieder auf das Schreibern. Er schickte den Wert zur um 140 M. und den Bahnhofsdiener um 7 M. Am 9. Oktober verhaftung der Angeklagte Jittersbach. Nach am gleichen Tage begab er nach Brötzingen. Dort mietete er sich ein St-mann dann auf neue zu verduften, nachdem er 10 Mark für Frühstück und Wirt-tig geworden war. Dinkel erhielt 7 Monate Gefängnis.

Mit der Scheideanstalt Schöfer in Pforzheim im Frühjahr v. J. von Heidelberg aus an-händler in Gold Namens Gernann W. D. in-lia in Verbindung, um, wie er schrieb, alles in-metall bei der Anfall abzugeben. Dieser hat auch eingeschmolzen Gold im Werte von über 1000 Mark dorthin. Dem Besitzer der Scheideanstalt kam die Sache verdächtig vor, weil der Gold-der überlandeten Goldes ein höherer war, als solche Bruchstücken haben. Er verständigte die Staatsanwaltschaft. Diese ließ am 11. in Heidelberg in der Wohnung des Wöfel eine suchung vornehmen, bei der nicht nur eingeschmolzenes Gold, sondern auch eine große Anzahl Schmuckstücke — Ohrringe, Ketten, eine gold-Damenuhr, Anhänger, Medaillons und Brochen-vorgefunden wurden, über deren rechtmäßigen-verb er sich nicht auszuweisen vermochte. wurde daraufhin festgenommen. Bei der man-denselben eingeleiteten Untersuchung wurde festgestellt, daß der Verhaftete, ein 34 Jahre alter, Altkriegsstandender Kaufmann, zuletzt in Pforzheim bei dem Bijouterier Moritz Burgie in Pforzheim, aus dessen Laden er sich die Schmuckstücke angeeignet. Die Uhr hatte er aus der Wohnung eines ihm befreundeten Uhrmachers Namens G. entwendet. Auf Grund der von den Verhafteten gestellten Strafanträge, die notwendig waren, Burgie und Knopf im Auslande anständig wurde das gerichtliche Verfahren gegen beide geführt, das heute mit der Verurteilung von Burgie zu 8 Monaten Gefängnis seinen Abschluß gefunden. Die Strafe galt durch die Unterstufungsbefreiung verbüßt.

Aus dem Reiche.

Landau, 14. März. Weinanbauereien in hiesiger Gegend. Die Pflanzzeit ist fast über-mitten: Eine unheimliche Schmelze laßt hier und über unseren Weinmagnaten. Täglich finden hier Untersuchungsrichter Verhöre statt, die sich bis in die späte Abendstunde ausdehnen. Am 11. den Ankläger, als wollte der Staatsanwalt ein Ver-bundgericht mit den Weinbauern endlich eine tabula rasa machen. Angeklagt sind zurzeit 10 Personen in Bezug auf Weinmagnaten in hiesiger Untersuchungsergebnis, von denen der widerrechtlich-gehende Schmelzer vorbestrafte Weinbauern und hieser Recht von Jilbesheim am meisten Beschäftigung in einem früheren Weinprozess gegen Reich hiesiger Weinmagnaten. Reich hat sich nicht an-gesagt, er habe mit Reich noch niemandem an-gesagt. Reich hat inzwischen vor dem Untersuchungs-richter aus der Schule gelandet und angeklagt, den Wein des dritten Geschädigten gemacht zu haben. Reich war, daß Reich hinter die ihm-Magnaten ver-dwand und nun wegen Weinschmelze abgeurteilt wird. Die uns verführt wird, sind bei dem Weinbau-

TELEGRAMM Frisch gewagt ist halb gewonnen

Auf nach Hebelstrasse 111/5

Nächsten Dienstag, den 19. März, Einzählung der Lose — Ziehung am 20. März

Strassburger Geldlotterie fürs Kriegerheim

also wohltätiges Werk.

Hauptgew. **Mk. 40000**, 20000, 10000 3169 Geldgewinne mit Mk. 120000.
bar Geld.

Lose à 2 Mk. 11 Lose 20 Mk. Generalagentur für Baden **Carl Götz, Bankgeschäft Karlsruhe.**

Auch zu haben in allen Los- und Zigarrengeschäften. 1014

Extrabillige Serien-Verkäufe

in

Schuhwaren

so lange Vorrat

Freitag den 15. cr.

Samstag den 16. cr.

Sonntag den 17. cr.

Montag den 18. cr.

Serie 1	Herren-Wichsleder-Schnür- und Zugstiefel, genagelt	jedes Paar	5.45
Serie 2	Damen-Wichsleder-Schnür- und Zugstiefel, genäht	jedes Paar	7.10
Serie 3	Herren-Wichsleder-Schnür- und Zugstiefel, genäht	jedes Paar	9.85
	Damen-Chevreaux- und Bogcalf-Schnür- und Knopfstiefel, schöne Form		
Serie 3	Herren-Bogcalf-Schnür- und Zugstiefel	jedes Paar	9.85
	Damen-Chevreaux- u. Bogcalf-Schnür- u. Knopfstiefel		
Posten 1	Damen-Kalbin-Zugstiefel mit hohem und niederem Absatz, nur Nr. 36-38, sonst bis 6.25	nur	3.80
Posten 2	Damen-Ia. Bogcalf-Knopfstiefel, zum Teil Goodyearwelt, nur Nr. 36, sonst bis 10.75	nur	8.25
Posten 3	Damen-Ia. Chevreaux-Knopfstiefel, moderne, runde Form, Rahmenware, sonst bis 13.50	nur	10.85

3 Restposten Damenstiefel

Serie 1	Wichsleder-Schnür- u. Knopfstiefel, genagelt, starken Schultstiefel.	27/30	3.25 , 31/35 3.85
Serie 2	Wichsleder-Schnür- und Knopfstiefel, genäht, breite Form	27/30	3.55 , 31/35 4.35
Serie 3	Rot und braune Ziegenleder-Schnür- u. Knopfstiefel	27/30	3.90 , 31/35 4.90

4 Tage

Gummi-Absätze

Stiefel-Blöcke

Extrapreise für Konfirmanden-Stiefel

10% auf sämtliche Herren-Chevreaux Stiefel

Geschwister Knopf.

Freie Turnerschaft Karlsruhe

Unsere Frühjahrs-Turnfahrt findet am Sonntag, 17. d. M., statt. Abmarsch punkt 7 Uhr v. Rinkenheimer Tor durch den Parkwald nach Leopoldshagen, über den Rhein nach Leimersheim, von da zurück nach Magau.

Unsere Mitglieder und Freunde des Vereins sind zur Teilnahme freundlich eingeladen.

Der Turnrat.

Wasche mit LUHNS wäscht am besten

Fahrrad

neu, unter Garantie, billig zu verkaufen. Eisenstr. 6, 4. St. 1019

Pahr, Kronenstr. Holzschuhe

Neu aufgenommen: mit Kufbaumlöcher, für Drainer und Weher (gefüttert und ungefütert). 1089

In der Privatklage des Redakteurs und Besitzers des „Forchheimer Anzeiger“ Paul Kober hier, vertritt durch Rechtsanwalt Dr. Trautwein gegen den Arbeitersekretär Fritz Haag hier, wegen Verleumdung, kam zwischen den Parteien vor O. Amtsgericht Forchheim in der Verhandlung vom 5. März folgender Vergleich zustande:

1. Der Beschuldigte bedauert, in dem von ihm verfassten „Die realistische Sozialdemokratie“ erschienenen Wahlflugblatt den Forchheimer Anzeiger hier in heftiger Weise beleidigend angegriffen zu haben.

Der Beschuldigte nimmt die in diesem Wahlflugblatt gegen den Forchheimer Anzeiger erhobenen Vorwürfe als ungenügend mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

2. Der Vergleich soll im Forchheimer Anzeiger und im Volksfreund von Amts wegen veröffentlicht werden.

Der Beschuldigte übernimmt die bisher erwachsenen Kosten, die Gebühr des privatkl. Vertreters in Höhe von 15 Mk.

Der privatkl. Vertreter zieht hierauf die Privatklage zurück.

gez. Richter, gez. Statter.

Nur Beglaubigung.

Forchheim, den 13. März 1907.

Der Gerichtsschreiber Dr. Amtsgerichts Wahlbacher.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

Bureau: Markgrafenstr. 201. Telefon 2098. Geöffnet von vormittags 9 bis mittags 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr. Dienstag und Freitag bis abends 8 Uhr. Samstags mittags von 2 Uhr ab und Sonntags geschlossen.

Bruchjal.

Sonntag den 16. März, abends punkt halb 9 Uhr, findet im Gasthaus zum „Einhorn“ die fällige

Monatsversammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag: Die Natur und der Mensch. Referent: Herr Wolf Müller aus Karlsruhe.
2. Gewerkschaftliches.

Zahlreichen Besuch obiger Versammlung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

Sonntag den 16. März, abends halb 9 Uhr, im Auerhahn, Schützenstraße 88,

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

„Die Aussperrungen in der Holzindustrie.“

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Schmiede und Wagner.

Sonntag den 16. März, abends halb 9 Uhr, findet in den Räumen der Restauration Nibelien, Kaiserstraße 13, eine

öffentliche Schmiede- und Wagnerversammlung

Tagesordnung:

Die Neuregelung der Arbeits- u. Lohnverhältnisse in unserem Gewerbe.

Referent: Wih. Schmitz-Rannheln.

In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Versammlung ist das Erscheinen aller in diesem Gewerbe beschäftigten Personen dringend erforderlich.

Die Sinnerher.

Forchheim.

Badischer Arbeiter-Sängerbund.

Sonntag den 17. März, nachmittags 8 Uhr, in der Restauration zum „Fotobahnhof“

Große öffentl. Sängerversammlung.

Tagesordnung:

1. Warum organisieren wir uns in Arbeiter-Sängervereine?
2. Evtl. Gründung eines Arbeiter-Sängervereins.

Referent: Herr Wih. Koch, Karlsruhe.

Hierzu sind alle Songelustigen und Freunde des freien Männergesanges freundlich eingeladen. Der Gesangverein Völkerverbund hat sein Erscheinen zugelegt. Um zahlreiches Besuch bitten

Der Einberufer.

Sozialdemokratischer Verein Eutingen.

Sonntag den 16. März, abends 8 Uhr, im Gasthaus z. Adler

General-Versammlung.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend notwendig.

Der Vorstand.

Kein Handel!

August Schindel jr.

Hauptstraße 69 Durlach Hauptstraße 69.

Für die Frühjahrs-Saison

ist mein Lager in

Herren- und Knaben-Garderobe

sorgfältig, gut und reichlich sortiert und lade zu deren Besichtigung ohne Kaufzwang freundlich ein.

Gleichzeitig empfehle ich:

Arbeitskleider, Arbeitsblousen, Kragen, Cravatten, Hosenträger, Normal- und weiße Wäsche etc. etc.

Streng reelle Waren zu billigen, festen Preisen.

Reellste Bedienung!

Bekanntmachung.

Nr. 5000. An der hiesigen Volksschule sind auf Beginn des Schuljahres 1907/08 — 8 April ds. J. — drei Stellen f. Sanitärbeschreibern zu besetzen. Bewerbungen mit Darstellung des Lebenslaufes u. Bildungsganges der Bewerberinnen sind unter Vorlegung beglaubigter Zeugnisabschriften innerhalb 4 Tagen beim Rektorat der hiesigen Volksschulen, Kreuzstraße 15, 2. St., einzureichen.

Karlsruhe, 12. März 1907.

Die Schulkommission.

Föhrenbach.

Kinder- Knaben-Anzüge

Jünglings- Herren-Anzüge

die neuesten Erscheinungen fürs Frühjahr sind eingetroffen und lade zu deren Besichtigung ergebenst ein.

J. Schneyer, Werderplatz, Ecke Marienstr.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Alle Herren lieben

Gilette, elegante Wäsche

Kragen, Cravatten, Forchenden etc.

Sie finden stets das Neueste bei

J. Schneyer, Ecke Marien- u. Werderstraße.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Nr. 64.

Unsere heu...

Anterba...

Roman b...

Sozial...

die offiz...

der Gröf...

die sozial...

ich sehr in...

Gr...

chiedenen...

bestanden...

Dama drei...

die Parte...

Sozialistis...

man wohl n...

benannte...

national...

Entwicklun...

und un...

Richtung...

Sozialistis...

kommen u...

zum Se...

Dama vier...

Hält m...

beiden N...

Umhang...

kommt, u...

haben z...

ist diese...

seine un...

per son...

die Mög...

Charakter...

Entwicklun...

nicht so...

die versch...

so bald v...

erhalten...

in gu...

die Frage...

er Poner...

historis...

das Ziel...

haben d...

schönen...

schicht...

Wiederer...

3. St. l., möbl.

Zimmer...

1003

Wohnung...

1. Fall von...

Geopar in...

Kanarienvögel...

u. Hennen...

zu vert. Kaiser...

4. St. 994

Fahrrad...

u. ein Kinder...

wagen zu...

Wenda...

ist ein möbl...

Zimmer zu...

verm. Andolfstr...

5. St. 2. rechts.

Prinzipwagen...

(hell), gut...

erh. u. Sum...

mit Summ...

Wäsche u. Kinder...

kleider werden...

5. L. angef. Reisingstr.

5. L. rechts.

1004,8

Schlösserherd...

kleiner, m. Pfling...

stange u. Emaille...

schiff, bill. zu...

vert. Untenstr.

45, 1. St.